

MA 18 – M/215803/18



Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen
E-Mail: NR-AUS-PET-BI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 18
Stadtentwicklung und Stadtplanung
1., Rathausstraße 14-16
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-8018
Fax: (+43 1) 40 00-7218
E-Mail: post@ma18.wien.gv.at
www.stadtentwicklung.wien.at
Wien, 03.05.2018

Bürgerinitiative 36/BI
Ausbau der Verbindungsbahn in Hietzing
zu Zl. 36/BI-NR/2017

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Auftrag der Magistratsdirektion der Stadt Wien übermittelt die Magistratsabteilung 18 eine Stellungnahme zur im Betreff genannten Sache.

Grundsätzlich muss festgehalten werden: Das Infrastrukturprojekt „Attraktivierung der Verbindungsbahn“ wird von der ÖBB Infrastruktur AG ausgeführt und von der Stadt Wien durch eine finanzielle Beteiligung, wie auch durch fachliche Beratung in städtebaulichen und verkehrsorganisatorischen Fragen unterstützt. Der Ausbau der Verbindungsbahn ermöglicht die Angebotsverbesserung auf der Schnellbahnlinie S80. Dies ist eine Kernmaßnahme der Mobilitätsstrategie der Stadt Wien hin zu nachhaltigem Verkehr und unterstützt zudem die nationalen Verpflichtungen der Vermeidung von Treibhausgasen und Luftschadstoffen. Die Stadt Wien ist jedoch nicht Projektträgerin.

Zu den vier Forderungen können folgende Informationen seitens der Stadt Wien übermittelt werden.

1) Erhalt der Querungsmöglichkeiten:

Die Bürgerinitiative fordert, dass die Verbindungsbahn den Bezirk nicht stärker trennen darf als bisher.

Fakt ist, dass gegenwärtig auf dem Gebiet des 13. Wiener Gemeindebezirks 8 Querungen für alle Verkehrsarten und zusätzlich 4 weitere Querungen ausschließlich für Fußgänger und Radfahrer zur Verfügung stehen. Von diesen insgesamt 12 Querungen sind gegenwärtig 6 niveaufrei – und damit zu jeder Zeit nutzbar – nur drei davon für den Pkw. Die übrigen 6 Querungen, der Großteil davon für den Pkw Verkehr, sind mit Bahnschranken gesichert. Dadurch kann es an diesen Stellen zu Wartezeiten kommen, womit nur eine eingeschränkte Verbindungswirkung besteht.

Im Zuge des Ausbaus der Bahnstrecke besteht die Möglichkeit die beschränkten Bahnübergänge durch niveaufreie Querungen zu ersetzen. Dabei werden Anforderungen der BewohnerInnen und der Bezirkspolitik wie z.B. Erreichbarkeit von lokalen Zielen wie Kindergärten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten, offene Gestaltung und Vermeidung von Durchzugsverkehr, berücksichtigt. Zudem werden technische Planungsparameter wie Normen der Barrierefreiheit oder Verkehrssicherheit berücksichtigt sowie auch die Grundsätze der zweckmäßigen Verwendung öffentlicher Mittel. Gegenwärtig in Diskussion befindliche Planungsvarianten gehen davon aus, dass auch zukünftig mindestens 12 Querungsmöglichkeiten der Verbindungsbahn bestehen, und damit mindestens so viele wie bisher. Insbesondere für den Fuß- und Radverkehr wird hohes Augenmerk auf attraktive, barrierefreie, möglichst direkte Wege gelegt. Auch für den Pkw Verkehr bestünden am Gebiet des 13. Wiener Gemeindebezirks zukünftig 6 Querungsmöglichkeiten der Verbindungsbahn. Alle 6 wären ohne Schranken und Wartezeiten, im Gegensatz zur Bestandssituation mit 3 niveaufreien und 5 beschränkten Pkw Querungen, für Alle jederzeit nutzbar und damit auch für Rettungs- und Notdienste von größerem Wert.

Befürchtungen einer „Durchschneidung“ sind somit unbegründet. Eine ersatzlose Auflösung von bestehenden Bahnquerungen stand zu keinem Zeitpunkt in Diskussion. Mit den Möglichkeiten unbeschränkter Querungen und Querungen, die nach dem Stand der technischen Normen ausgeführt sind besteht sogar die Chance für eine stärkere Verbundenheit des Bezirks bzw. attraktiveren Wegen.

2) Tieferlegung der Bahnstrecke:

Die Bürgerinitiative fordert eine fundierte Untersuchung der Tieferlegung.

Bereits im Rahmen der Erstellung der Machbarkeitsstudie in den Jahren 2007 bis 2009 wurden tiefliegende Streckenvarianten aus funktionellen Gründen sowie aufgrund der hohen Kosten ausgeschieden. Im Zuge des nunmehrigen, konkreteren Planungsschrittes hat die ÖBB Infrastruktur AG bereits zugesagt, die Machbarkeit von tiefliegenden Varianten nochmals vertieft zu prüfen. Ergebnisse werden noch vor dem Sommer erwartet.

Bei einer Tunnellage oder Tieferlegung der Strecke müssen technische Trassierungsparameter für Bahnstrecken im Hinblick auf einen konsistenten Betrieb in der Ostregion und die Überwindung der Topographie – z.B. Einschnitt Wiental und anderen Verkehrsinfrastrukturen – wie Lage Lainzer Tunnel) berücksichtigt werden. Wahrscheinlich ist, dass eine Tieflage der Verbindungsbahn den gegenwärtig zwischen Bund und Wien vereinbarten und gesicherten Rahmen für die Projektfinanzierung deutlich überschreiten würde.

3) Güterverkehr

Die Bürgerinitiative fordert, dass Güterzüge ausschließlich im Lainzer Tunnel und nicht durch verbautes Stadtgebiet verkehrt.

Grundsätzlich werden Bahnstrecken durch die ÖBB Infrastruktur AG verwaltet. Trassen können nach den europäischen „Open Access“ Prinzipien von Eisenbahnverkehrsunternehmen beantragt werden. Die Trassenbelegung liegt außerhalb des Wirkungsbereiches der Stadt Wien.

Nach der Eröffnung des Lainzer Tunnels wurde bereits der Großteil der Güterverkehre von der Verbindungsbahn dorthin verlagert. Eine massive Entlastung hat damit bereits stattgefunden. Gleichzeitig ist die Verbindungsbahn bereits gegenwärtig Ausweichroute, wenn der Tunnel z.B. im Zuge von Revisionsarbeiten temporär gesperrt ist. Das Ziel der Stadt Wien ist die Verbindungsbahn vermehrt durch Nahverkehre zu nutzen. Güterverkehre werden nicht von der Stadt Wien ausgeführt. Der Stadt Wien sind seitens der ÖBB Infrastruktur AG keine Pläne bekannt, die auf eine vermehrte Führung von Güterzügen im Vergleich zu heute schließen lassen.

4) Gestaltung

Die Bürgerinitiative fordert einen Architekturwettbewerb, damit sich die architektonische Ausgestaltung der Stationen und der Bahntrasse dem Hietzinger Ortsbild harmonisch anpasst.

Fragen der Gestaltung werden im Allgemeinen erst in detaillierteren Planungsschritten bearbeitet. Gegenwärtig steht die Planung auf Ebene des Vorprojekts bzw. der Bearbeitungen für die umwelt- und eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren. In gegenwärtig veröffentlichten Visualisierungen wurden Standardelemente bzw. Annahmen verwendet, damit Räume und Dimensionen vorstellbar werden. Die tatsächlich zur Umsetzung kommende Gestaltung ist damit nicht prädestiniert und muss in künftigen Planungsschritten erarbeitet werden.

Die Projektträgerin, ÖBB Infrastruktur AG, hat sich hinsichtlich eines Dialogs zu Gestaltungsfragen, sowohl mit der Stadt Wien wie auch mit VertreterInnen der betroffenen Bezirke und der Bevölkerung offen gezeigt.

Die von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Architekturwettbewerbe und die geforderte „Ortsbildverträglichkeit“ werden sich an einem heterogenen Ortsbild orientieren. Während in einzelnen Bereichen, v.a. Hietzinger Hauptstraße, gründerzeitliche Bauten überwiegen, so weist der Bereich Auhofstraße und Hietzinger Kai moderne mehrgeschossige Wohngebäude inkl. Hochhaus auf. Im Bereich des südlichen Abschnitts der Verbindungsbahn sind wiederum mehrgeschossige Gebäude der Zwischen- und Nachkriegszeit dominant. Im Umfeld der zu verlegenden Station Speising sind darüber hinaus Dynamiken von Bauträgern zur Errichtung neuer Gebäude, mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls nach aktuellen architektonischen Trends, bekannt.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Themen der Bürgerinitiative bereits in der Planung berücksichtigt werden. Sofern grundsätzlich Instrumente bestehen, sind Untersuchungen zu den Fragestellungen bereits in Arbeit bzw. können manche erst in zukünftigen Planungsschritten behandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

der Abteilungsleiter:

DI Gregory Telepak
☎ 4000/88833

DI Andreas Trisko

Nachrichtlich an:

Büro der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz,
Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

MD - Gruppe Koordination (MDK-209463-1/18)

MD-BD

MD-BD, PWB

ÖBB Infrastruktur AG

z.H. Herrn Projektleiter Ing. Peter Ullrich

E-Mail: peter.ullrich@oebb.at



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung des elektronischen Siegels
bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>